

Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der	: PARTEI-Ratsgruppe
in der Sitzung des Rates am	: 16.07.2021
THEMA	: Umsetzung des Beschlusses „Sicherer Hafen“
Antwort erteilt	: Oberbürgermeister Köhler

1. In welcher Form wurde die aktive Unterstützung der Seenotrettung bislang umgesetzt?

Der Verein Seebrücke hat eine städtische Förderung in Höhe von 7.500 Euro erhalten, die nach der Genehmigung des Haushaltes ausgezahlt wird. Weiterhin wird der Verein in die Septembersitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Gesundheit und Wohnungsbau eingeladen, um über seine Arbeit und die Verwendung der Mittel zu berichten.

Wurde eine Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff übernommen oder sich daran beteiligt bzw. wenn noch nicht geschehen: Welche Pläne existieren hinsichtlich der Übernahme einer Patenschaft?

Um schlagkräftiger handeln zu können, hat die Stadt Göttingen über die Bündnisorganisation Anfang März 2021 in Potsdam angefragt, ob man gemeinsam mit anderen Städtebündnispartnern mindesten eine Mission jährlich gemeinsam bezahlen könnte. Nach Rücksprache mit Daniel Hempel von Sea Eye kostet beispielsweise eine Mission des Bootes „Alan Kurdi“ rund 60.000 Euro, eine Stunde Betrieb kostet etwa 106 Euro. Wenn jede Stadt im Bündnis 1.300 Euro geben würde, wäre das machbar. Eine Antwort aus Potsdam steht derzeit noch aus.

2. Welche Bemühungen hat die Stadt Göttingen bisher unternommen um Geflüchtete zusätzlich zur Quote aufzunehmen?

Die Stadt Göttingen hat ihre Bereitschaft erklärt, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Die Verteilung von Geflüchteten erfolgt über das Land im Rahmen der festgesetzten Quoten oder nach Sonderprogrammen, beispielsweise „Resettlement“. Eine Aufnahme von Geflüchteten außerhalb dieses geregelten Verfahrens ist ausländerrechtlich nicht möglich. Insgesamt wurden 34 Menschen mit Fluchthintergrund aus den griechischen Lagern aufgenommen.

3. Welche Aufnahmeprogramme für Geflüchtete wurden von der Stadt Göttingen in welcher Form unterstützt?

Die Stadt Göttingen hat in den vergangenen Jahren auf Anfrage des Landes regelmäßig ihre Bereitschaft zu Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen von Sonderprogrammen (Resettlement oder sonstige humanitäre Programme) erklärt.

4. Wie wurde der Punkt nationale und europäische Vernetzung bislang umgesetzt?

Es besteht ein regelmäßigerer Austausch der deutschen Partnerstädte. Die Arbeitstreffen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ stehen unterfolgenden Prämissen:

- Steigerung der Aufnahme von Geflüchteten
- Klärung von Verfahrensfragen (Finanzierung, Anrechnung auf Quoten) auf „logischer Ebene“
- Erlangung von so viel Einheit wie möglich, bei Erhaltung von so viel individuellen Freiheiten wie nötig
- Das individuelle Recht zur Äußerung bleibt unberührt

Im Marburger Online-Treffen im Oktober 2021 haben sich rund 200 Städte als humanitäre Wertegemeinschaft zur Hilfe bekannt. Die Städte – auch Göttingen - erneuerten dabei ihre Forderung an Land und Bund, Geflüchteten zu helfen. Dafür bieten die Beteiligten ihre Unterstützung: Geflüchtete können untergebracht und versorgt werden. Kinder können beschult und junge Erwachsene in Ausbildung und Studium gebracht werden. Integrationsangebote für Erwachsene stehen parat.

Um diese Angebote zu bündeln und zu adressieren, haben sich die Städte zu Strukturen, Informationsweitergaben und gemeinsamem Handeln ausgetauscht. Begleitet wurde das Treffen von der Seebrücke, deren Vertreter Sascha Schießl über aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene berichtete. Zur Situation auf Bundesebene waren zudem Vertreter*innen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zugeschaltet, die sich an der Diskussion beteiligten. Weiterhin wurde u.a. ein gemeinsames Logo eingeführt, um die Einheit der Kommunen zu visualisieren.

Am 25. und 26. Juni 2021 hat die Stadt Göttingen an der internationalen Hybrid-Konferenz „From the Sea to the City“, die in Palermo ausgerichtet wurde, teilgenommen. Gemeinsam mit dem gleichnamigen Netzwerk hatten die Städte Palermo und Potsdam zur Online-Teilnahme eingeladen. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die gemeinsame Solidaritätserklärung der teilnehmenden (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern für das Ziel, die Einstellung zur Migration auf dem europäischen Kontinent zu ändern und die öffentliche Debatte in verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten zu beeinflussen. Die Solidaritätserklärung wurde während einer Pressekonferenz und der öffentlichen Podiumsdiskussion gezeichnet, auch der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen hat diese unterschrieben.